

# Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

## Militärregierung präsentiert Bundeshaushalt 2000-2001

Finanzminister Shaukat Aziz hat am 17. Juni der pakistanischen Öffentlichkeit im Rahmen einer von Radio und Fernsehen übertragenen Ansprache den mit Spannung erwarteten ersten Bundeshaushalt der Militärregierung nach dem Putsch im vergangenen Herbst vorgestellt. Zur Überraschung vieler Beobachter, die vor dem Hintergrund der beinahe hoffnungslos zerrütteten Staatsfinanzen sowie des energischen Drängens von IWF und Weltbank mit einem harten Sparbudget gerechnet hatten, präsentierte der Minister einen überaus moderaten Entwurf. Ganz im Gegenteil legen die geplanten Ausgaben von 642 Milliarden Rupien auf jetzt 698 Milliarden Rupien (rund 12,9 Milliarden Dollar) um knapp neun Prozent weiter zu. Ein Großteil dieser Summe (44 Prozent) wird allerdings wie schon im Jahr zuvor vom Posten "Schuldendienst" verschlungen und steht somit für produktive Investitionen nicht zur Verfügung. Doch immerhin: Erstmals in der pakistanischen Geschichte gelingt es damit einer Regierung, den zuletzt in atemberaubendem Tempo ausufernden Schuldendienst auf hohem Niveau einzufrieren.

Eine - zumindest auf den ersten Blick - weitere positive Überraschung stellt die angesichts der angespannten Konfliktlage in Südasien von den wenigsten Beobachtern erwartete Kürzung der Verteidigungsausgaben dar, die von bislang 142 Milliarden Rupien auf nun 133,5 Milliarden Rupien schrumpfen sollen. Gemessen am Gesamthaushalt sinken damit die Militärausgaben von 22 Prozent auf nominell 19 Prozent. Kritiker weisen allerdings daraufhin, daß die sinkenden Zahlen im Verteidigungsetat lediglich mit einem bilanztechnischen Taschenspielertrick zu Stande kommen: Denn Ausgaben in Höhe von 26 Milliarden Rupien für Sold und Pensionen von Armeemangehörigen, die in der Vergangenheit unter dem Posten "Verteidigung" aufgeführt waren, tauchen im neuen Haushalt der Militärregierung plötzlich unter dem Punkt "Unterhalt der Zivilregierung" auf. Die Folge: Die Verwaltungskosten der Re-

gierung explodierten innerhalb eines Jahres von 48 Milliarden Rupien auf über 80 Milliarden Rupien.

Auch die Aufwendungen für Subventionen schnellen von etwas mehr als 40 Milliarden auf 56 Milliarden auffällig in die Höhe, was vor allem im Kreis der internationalen Gebergemeinschaft für Stirnrundeln sorgen dürfte. Denn auch in den jüngsten Regierungsverhandlungen mit den Delegationen von IWF und Weltbank um die Gewährung weiterer Millionenkredite gehörte die Forderung nach dem Abbau von Subventionen für die Geberseite zu den wichtigsten zu erfüllenden Voraussetzungen.

Für Enttäuschung dürfte auch der Umstand sorgen, daß der für wirtschaftspolitische Wachstumsimpulse der Regierung besonders wichtige Haushaltstitel "Entwicklungsausgaben" mit einem bescheidenen Plus von vier Milliarden Rupien auskommen muß. Im Vergleich zum überproportional angestiegenen Volumen des Gesamthaushalts bedeutet dies sogar einen leichten Rückgang der Entwicklungsinvestitionen um einen Prozentpunkt auf jetzt noch 17 Prozent.

Die gemessen am Vorjahresbudget steigende Ausgabenseite des Haushalts 2000/2001 soll nach dem Willen der Regierung mit einer erheblichen Steigerung der Einnahmen finanziert werden. Vor allem setzt man laut vorliegender Planung offenbar darauf, daß insbesondere die Einnahmen aus indirekten Steuern deutlich ergiebiger sprudeln, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Konkret erwartet der Finanzminister eine Steigerung der Steuereinnahmen um spektakuläre 24 Prozent. Zu diesem Zweck kündigte die Regierung bereits die Einführung einer allgemeinen Umsatzsteuer an, was allerdings postwendend zu massiven Protesten und landesweiten Streiks der Händlerlobby führte. Außerdem möchte Islamabad in Zukunft auch die ausgedehnte Schmutz- und Schattenwirtschaft der Besteuerung durch den Staat unterwerfen, was ebenfalls auf den geballten Widerstand der betroffenen Interessengruppen stieß. Weitere Geldquellen möchte sich Islamabad über die beschleunigte Privatisierung von Staatsunternehmen wie der Pakistanischen Telekom (PTCL), des Mineralölkonzerns "Pakistan State Oil"

(PSO) sowie von Energieunternehmen und Banken. Die von der Regierung eingesetzte Privatisierungskommission verabschiedete bereits einen entsprechenden Zeitplan, wonach bereits Ende dieses Jahres die ersten großen Transaktionen dieser Art abgewickelt werden sollen. Auch von dem seit dem Putsch auf dem Heer der Steuerschuldner lastende Druck einer eigens für diesen Zweck eingerichteten und weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Spezialbehörde erhofft sich der Finanzminister bedeutende Sondereinnahmen. Der Optimismus mit Blick auf diese Bereiche der Einnahmenseite ist immerhin so groß, daß im neuen Haushalt auch die Senkung oder gar die Streichung einiger direkten Steuerarten eingeplant sind. So soll beispielsweise im nächsten Jahr die Vermögenssteuer abgeschafft werden. Auch in vielversprechenden Wirtschaftszweigen wie der Softwarebranche aktive Unternehmer dürfen sich auf Investitionsanreize in Form von Steuer geschenken freuen. Flankiert wird diese Maßnahme mit einer drastischen Kappung der Exportzölle sowie der auf dem Import von Investitionsgütern liegenden Zölle. Die Zolltarife für den Import von Luxusgütern sollen dagegen kräftig steigen.

Ob die Regierung die im aktuellen Budget fixierten äußerst ehrgeizigen Haushaltsziele tatsächlich erreichen kann, bleibt abzuwarten. Zweifler unter den Beobachtern in Pakistan verweisen in diesem Kontext auf die überaus optimistischen Wirtschaftserwartungen der Regierung, die dem Haushaltsentwurf zu Grunde liegen. So äußerte Finanzminister Shaukat Aziz in seiner Budgetrede die Erwartung, daß das pakistanische Wirtschaftswachstum in den nächsten drei Jahren im Schnitt sechs Prozent erreichen wird. Gleichzeitig soll die Inflationsrate auf vier Prozent sinken und das Haushaltsdefizit auf ein halbes Prozent (des Bruttoinlandproduktes; gegenwärtig beläuft sich das Haushaltsdefizit auf 2,4 Prozent des BIP).

## Verheerende Dürre in Südpakistan

Eine seit Monaten anhaltende Hitzewelle mit Temperaturen von über 50 Grad Celsius hat in der Südhälfte des Landes zu katastrophalen Zuständen ge-

führt. Allein in den besonders schwer betroffenen Provinzen Balochistan und Sindh sowie im südlichen Punjab zählten die Behörden in den vergangenen Wochen mehrere hundert Hitzetote und zehntausende Flüchtlinge. In Balochistan, wo inzwischen alle 26 Distrikte der Provinz zum Katastrophengebiet erklärt wurden, gelten rund ein Drittel der 6,5 Millionen Einwohner als akut gefährdet. Vor allem in den dünnbesiedelten ländlichen Gebieten der Wüstenregionen drohen zahlreiche Brunnen und die traditionellen unterirdischen Kanalsysteme zu versiegen. Bereits jetzt soll laut Presseberichten rund 40 Prozent des gesamten Viehbestands der Provinz an Ziegen, Schafen, Kühen und Kamelen verendet sein, insgesamt fast elf Millionen Tiere. Auch die übrige Landwirtschaft steht vor dem wirtschaftlichen Ruin, da selbst in den fruchtbaren Oasen die Ernte verdorrt.

Behörden und Regierung ignorierten zunächst über viele Wochen hinweg die sich allmählich zuspitzende Notlage in den Dürreregionen. Erst als Mitte April die britische NGO Oxfam Mitte April einen alarmierenden Bericht publizierte, der für Teile Balochistans ähnliche Zustände wie in Äthiopien prognostizierte, was wiederum in der pakistanischen Presse für Schlagzeilen sorgte, wurde die Administration tätig. Im Mai tagte erstmals die Bundesregierung in einer Krisensitzung, um über Rettungsmaßnahmen zu beraten. General Musharraf richtete gar via Fernsehauftritt einen dramatisch formulierten Spendenaufruf an die Bevölkerung. Aus der Staatskasse steuerte der Diktator einen Betrag in Höhe von einer Milliarde Rupien für die Finanzierung von Soforthilfen bei. In den am schwersten von der Dürre betroffenen Regionen wurde daraufhin ein Netz von Rettungszentren errichtet, über die Nahrungsmittel, Viehfutter und Trinkwasser an die Menschen vor Ort verteilt wurden. Den Transport der Hilfsgüter in die schlecht erreichbaren Krisengebiete übernahmen Sonderzüge, die unter anderem mit zahlreichen Wassertankwagen beladen waren.

Während ein Ende der Notlage aufgrund des anhaltend trockenen und heißen Wetters noch nicht abzusehen ist, befassen sich die Experten bereits mit der Ursachenforschung der Katastrophe. In ersten Berichten über die laufende Diskussion wird immer wieder betont, daß auch in den zurückliegenden Jahren in den ariden Wüstengebieten Balochistans und Sinds immer wieder Perioden mit langanhaltender Hitze und Trockenheit aufgetreten sind. Die gegenwärtige Wetterlage an sich sei also wenig spektakulär. Besorgniserregend sei allerdings, daß die auf solche Umweltbedingungen hoch angepaßte lokale

Bevölkerung offenbar nicht mehr in der Lage sei, wie bisher ihre Lebensgrundlage mit der Ausbeutung der vorhandenen fossilen Grundwasserreserven zu sichern. Hierfür machen die Fachleute das rasche Bevölkerungswachstum verantwortlich, daß jetzt angesichts der begrenzten Ressourcen offenbar eine kritische Größe erreicht habe. So sei die Bevölkerung in Balochistan seit der pakistanischen Unabhängigkeit im Jahr 1947 von damals einer Million Einwohnern auf aktuell 6,5 Millionen gestiegen, was einer Vervierfachung innerhalb von 50 Jahren entspreche.

### Änderungen des Blasphemiegesetzes scheitern am Widerstand religiöser Parteien

Mit einer massiven Protestkampagne ist es den religiösen Parteien gelungen, von der Musharraf-Regierung geplante Änderungen im Blasphemiegesetz zum Schutz der religiösen Minderheiten vor fälschlichen Anklagen zu Fall zu bringen. Auslöser des Kräftemessens zwischen Staat und Islamisten bot eine bereits Ende April im Rahmen einer Tagung zum Thema Menschenrechte geäußerten Ankündigung von Regierungschef General Musharraf, daß in Zukunft die Registrierung von Blasphemiedelikten durch zwingend vorgeschriebene Vorermittlungen eines Deputy Commissioner erheblich erschwert werden solle. Für weiteren Zündstoff sorgte Ende April die Drohung des Innenministers in Reaktion auf einen blutigen religiös motivierten Anschlag in der nordpunjabischen Garnisonsstadt Attock, vier religiöse Gruppen mit militanten Flügeln verbieten zu wollen. Da der Politiker die betroffenen Parteien in seinem Statement nicht namentlich erwähnte, löste das Ministerwort bei allen größeren religiösen Gruppierungen erhebliche Unruhe aus, da sie praktisch alle eigene Privatarmeen oder militante Splittergruppen unterhalten beziehungsweise fördern. Gleichzeitig richtete Islamabad an die Taliban-Regierung in Kabul den öffentlichen Appell, in Afghanistan existierende Trainingscamps für Aktivisten pakistanischer religiöser Gruppen zu schließen. Auch wurden Pläne der pakistanischen Regierung bekannt, die bislang kaum kontrollierten Reiseaktivitäten von Personen sowie den regen Handel von und nach Afghanistan staatlicher Überwachung unterwerfen zu wollen. Zusammengefaßt interpretierte die Mehrheit der Religionsführer all diese geplanten Einzelmaßnahmen als Bestandteile einer weiter gefaßten, gegen das religiöse Parteienspektrum gerichteten Agenda der Militärregierung.

Dieser sich abzeichnende Druck von außen hatte zur Folge, daß sich die

normalerweise in erbitterte Fehden und Flügelkämpfe verwickelten islamistischen Parteien zu einer breiten Widerstandsfront formierten. Ein beinahe historisches Gipfeltreffen aller wichtigen Religionsführer der unterschiedlichsten Sekten und Denkschulen am 8. Mai in Lahore legte den Grundstein für den Erfolg der nachfolgenden landesweiten Protestkampagne mit einer Serie von Streiks und zum Teil gewalttätigen Demonstrationen. Der Forderungskatalog des Islamistentreffens reichte vom Verzicht auf Änderungen am Blasphemiegesetz über die Einführung einer islamischen Wirtschaftsordnung samt Abschaffung des Zinssystems bis hin zum Verbot von Nichtregierungsorganisationen, die nach Ansicht orthodoxer Kräfte an der subversiven Verbreitung westlicher Werte im Land arbeiten.

Sichtlich beeindruckt von der Entschlossenheit und der seltenen Einigkeit im islamischen Lager trat die Militärregierung schon kurz nach Beginn der Kampagne zum rhetorischen Rückzug an und blies die Offensive gegen die Machtbasis der religiösen Parteien Ende Mai wieder ab. So trat nun an Stelle des Innenministers der Religionsminister mit einer öffentlichen Erklärung vor die Presse, daß die Regierung nun doch keinerlei Änderungen am Blasphemiegesetz plane. Außerdem habe eine entsprechende Erhebung ergeben, daß entgegen früheren Vermutungen der Regierung keine einzige Koranschule oder religiöses Seminar in terroristische Aktivitäten verwickelt sei. Zur Beschwichtigung des erbosten Klerus und gewissermaßen als Geste des guten Willens kündigte der Minister sogar eine finanzielle Förderung der Religionsschulen durch die Regierung an. Noch immer nicht zufrieden, verlangten die religiösen Parteien daraufhin auch eine entsprechende öffentliche Stellungnahme von General Musharraf persönlich. Der Gipfel der Peinlichkeiten im Tauziehen um das Blasphemiegesetz wurde erreicht, als der Diktator noch im Mai nach einer Turmenistanreise tatsächlich im Rahmen einer Presseerklärung die endgültige Aufgabe seiner Reformpläne bestätigte. "Der einmütigen Forderung der Religionsgelehrten und des Volkes entsprechend, habe ich beschlossen, die geplanten Änderungen bei der Registrierung (von Blasphemieanzeigen) endgültig fallen zu lassen. Kein Muslim kann auch nur daran denken, dies zu ändern", so der General wörtlich.

Beobachter werten die Niederlage der Regierung in der Affäre als brisanten Präzedenzfall für kommende Auseinandersetzungen mit dem islamistischen Parteienspektrum. Denn dieses wittert offenbar Morgenluft, nachdem alle etablierten Parteien durch das Armeeregime

ins politische Abseits gedrängt wurden.

### ANP schließt ihren Ex-Parteipräsidenten aus

Ajmal Khattak, einer der profiliertesten Politiker Pakistans, ist von seiner 'Awami National Party' (ANP), der viertgrößten politischen Kraft des Landes, Mitte Mai die Parteimitgliedschaft entzogen worden. Da der mit der Autorität eines langjährigen Weggefährten des legendären ANP-Gründers Abdul Ghaffar Khan ausgestattete 75-jährige Parteiveteran zusammen mit einer ganzen Reihe weiterer prominenter ANP-Dissidenten mittlerweile eine eigene Partei mit dem Namen 'National Awami Party Pakistan' (NAPP) ins Leben gerufen hat, droht nun der letzten verbliebenen politischen Par-

tei von nennenswerter Größe und säkularer Ausrichtung die faktische Spaltung. Anlaß für den spektakulären Rauswurf Khattaks aus der ANP, deren Präsident er bis 1998 war, bot ein offenbar nicht mit der übrigen Parteispitze abgesprochenes Treffen mit dem neuen Militärherrscher Musharraf, dem ersten und bislang einzigen dieser Art mit einem Führer der etablierten Parteien. Die übrige ANP-Führung interpretierte diese Begegnung als eklatanten Verstoß gegen grundlegende Prinzipien der ANP, wie aus der Parteiführung nahestehenden Kreisen zu erfahren war. Denn die ANP gilt traditionell als eine Partei, die die Kooperation mit Militärregimen grundsätzlich ablehnt. Für weitere Verärgerung sorgte in der ANP-Führung der Umstand, daß Khattak das Medienecho

rund um seine Begegnung mit General Musharraf nutzte, um für seine Idee der Gründung eines 'Nationalrates für Versöhnung' als einer Art Superregierung aller gutwilligen politischen Kräfte, Organisationen, Institutionen und Meinungsführer im Lande zu werben. Das eine Umsetzung dieses Projekts auf eine Legitimierung und eine aktive Zusammenarbeit mit der Militärregierung hinauslaufen würde, liegt auf der Hand. Hinzu kamen noch heftig ins Kraut schießende Spekulationen, daß Ajmal Khattak schon bald Rafiq Tarar als Staatspräsidenten beerben könnte, was das Selbstverständnis der ANP endgültig pulverisiert hätte.

## Beluchistan - Eine vergessene Provinz

Von Susanne Thiel

**Beluchistan bietet seinen Bewohnern schwierige Lebensbedingungen: Arides Klima mit extremen Temperaturunterschieden, rauhes unfruchtbares Land, wenig verlässliche Wasserressourcen, und ein dramatisch fallender Grundwasserspiegel. Hinzu kommt die extrem dünne Besiedlung und verstreute Lebensweise in isolierten Dörfern ohne schulische und medizinische Versorgung. Die Lebenserwartung der gesamten Bevölkerung ist gering, Mütter- und Kindersterblichkeit extrem hoch, die Alphabetisierungsrate ist die niedrigste im ganzen Land. Frauen sind in vielen sozialen und ökonomischen Bereichen benachteiligt. Bedingt durch ausbleibende Regenfälle ist Beluchistan in diesem Frühjahr von einer Trockenheit mit katastrophalen Ausmaßen betroffen.**

Beluchistan ist die größte Provinz Pakistans mit nur 6,5 Millionen Einwohnern (Volkszählung von 1998), was eine Bevölkerungsdichte von 19 im Vergleich zu 175 Menschen im nationalen Durchschnitt pro Quadratkilometer ergibt. 76 Prozent der Bevölkerung leben in ländlichen Gebieten, und nur 24 Prozent in städtischen Lebensräumen, besonders in Quetta, der Hauptstadt, die ungefähr eine Million Einwohner zählt, und in den nächstgrößeren Städten Turbat, Khuzdar, Zhob und Sibi. Die ethnischen Hauptgruppen der Provinz sind Beluch, Pakhtunen und Brahui. Außerdem lebt eine große Zahl von afghanischen Flüchtlingen in der Provinz.

Das soziale Leben in Beluchistan organisiert sich entlang von Stammesstrukturen. Die Stämme aus allen ethnischen Hauptgruppen gliedern sich in Clans. Männer mit traditionell großem Einfluß werden auf Stammesebene 'Sardars' genannt, auf Clanebene 'Malik', 'Takari' oder 'Mir'. Die Stimmen von 'Sardars' und 'Maliks', überhaupt allen 'ehrenwerten Männern' ('Motabars'), haben großes Gewicht in den 'Jirgas'. 'Jirgas' sind Räte der Ältesten und einflußreichen Männer des Stammes - hier werden Entscheidungen gefällt und Geschicke bestimmt.

Der größte Teil des Landes, über 90 Prozent, besteht aus aridem Weideland, kahlen steinigen Bergen und Wüsten. Nur ein Drittel der Fläche kann als ergiebiges Weideland genutzt werden, um die große Viehpopulation zu unterhalten. Das Überweiden der natürlichen Vege-

tation beschleunigt die Bodenerosion. Fünf Prozent der Provinzfläche wird als kultiviertes Land bezeichnet, fehlendes Wasser und geringe Niederschlagsmengen haben einen Ausbau dieser Fläche bisher verhindert. Die Hauptversorgung mit Oberflächenwasser wird durch die Kanäle des Indusbecken-Systems und den Lasbela Kanal, der vom Hub Damm gespeist wird, gewährleistet. Das Grundwasser wird durch 'Karezes' (unterirdische Bewässerungssysteme), Ziehbrunnen und Pump-Brunnen genutzt. 15.000 Pumpen, die das Wasser aus viel tieferen Schichten heraufholen als Ziehbrunnen, existieren bereits im Land, und tausend kommen jedes Jahr hinzu. Autorisierte und nicht-autorisierte Installationen von Pumpen haben ein Absinken des Grundwasserspiegels verursacht, was ernste Auswirkungen auf die von der künstlichen Bewässerung abhängige Landwirtschaft hat.

Verlässliche Daten bezüglich der Trinkwassersituation und -qualität sind nicht vorhanden, es wird geschätzt, daß nur 20 Prozent der Bevölkerung Zugang zu sauberem und sicherem Trinkwasser haben. Die verbleibenden 80 Prozent sind abhängig von unsicheren Ressourcen, wie offenen Wasserlöchern, Flüssen, Seen, Quellen und 'Karezes'.

### Die Wirtschaft

Beluchistans Wirtschaft wird von Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei dominiert, die 52 Prozent des Bruttosozialproduktes der Provinz erbringen und